

Zögerliche Debatte über die Demokratie

Nationalrat lehnt richterliche Prüfung von Initiativen ab, die Reformbereitschaft schrumpft

Der Nationalrat will nicht, dass ein Gericht Volksinitiativen auf ihre Ungültigkeit hin prüft. Die vom Bundesrat vorgeschlagene konsultative Vorprüfung scheint mehrheitsfähig, doch ist die Kampflust der Mitte klein.

nn. Bern · Nachdem der Bundesrat Ende März Vorschläge zum Umgang mit rechtsstaatlich problematischen Volksinitiativen präsentiert hat, kommt die Debatte um diese heikle Frage langsam wieder in Gang. Ein Stimmungstest stand im Nationalrat am Mittwoch an: Isabelle Moret (fdp., Waadt) verlangte in einer parlamentarischen Initiative, dass ein Gericht noch vor Beginn der Unterschriftensammlung entscheiden solle, ob problematische Volksinitiativen für ungültig zu erklären seien.

Gegen eigene Vizepräsidentin

Moret argumentierte, es sei unbefriedigend, wenn der Entscheid über die Gültigkeit erst gefällt werde, nachdem 100 000 Personen ein Begehren bereits mit ihrer Unterschrift unterstützt hätten. Zudem sei der Gültigkeitsentscheid rechtlicher und nicht politischer Natur. Anders als das Parlament wäre ein Gericht laut Moret in der Lage, eine rein juristische Überprüfung vorzunehmen.

Namens der Staatspolitischen Kommission (SPK) äusserte Ruth Humbel (cvp., Aargau) Zweifel am Zeitpunkt der Vorprüfung wie auch an deren Übertragung an ein Gericht. Der Nationalrat gab Morets Initiative mit 101 zu 47 Stimmen keine Folge. Dass Morets weitreichender Vorschlag wenig Chancen haben würde, war zu erwarten gewesen. Bis ins linke Lager herrschte Skepsis gegenüber einer Einführung der Verfassungsgerichtsbarkeit durch die Hintertür vor. Auch aus der FDP erhielt Moret kaum Sukkurs: Die Partei stellte sich in einem Communiqué sogar offen gegen ihre Vizepräsidentin und begrüsst den «im Sinne der Eigenverantwortung richtigen Entscheid».

Keinen leichten Stand dürften aber auch die moderateren Ideen haben, die der Bundesrat in seinem jüngsten Bericht vorgeschlagen hatte und die Justizministerin Simonetta Sommaruga im Nationalrat erneut skizzierte. Demnach würden das Bundesamt für Justiz und die Direktion für Völkerrecht vor der Unterschriftensammlung prüfen, ob eine Initiative gegen zwingendes Völkerrecht verstösst und mit einer Ungültigkeitserklärung zu rechnen ist oder ob wegen Konflikten mit anderem Völkerrecht Umsetzungsschwierigkeiten zu erwarten sind. Das Resultat der Vorprüfung wäre nicht bindend, würde aber auf den Unterschriftenbögen vermerkt. Weiter regt der Bundesrat eine Erweiterung der Ungültigkeitsgründe um den «Kerngehalt der Grundrechte» an.

Die nationalrätliche SPK wird am 19. Mai über die Vorschläge diskutieren. Im Raum steht die Frage, ob das Parlament den

Bundesrat nun mit der Ausarbeitung einer Vorlage beauftragt. Nach dem Ja zur Ausschaffungsinitiative hatten sich führende Exponenten aus FDP und CVP noch reformfreudig geäussert. Nun verweist FDP-Generalsekretär Stephan Brupbacher auf einen Entscheid des Parteivorstands gegen jegliche Einschränkung des Initiativrechts. Auch der Zuger CVP-Nationalrat Gerhard Pfister rechnet damit, dass seine Fraktion eine Erweiterung der Ungültigkeitsgründe mehrheitlich ablehne.

Lustlose Mitte

Chancenreicher ist die konsultative Vorprüfung, da sie das Initiativrecht materiell nicht einschränkt und per Gesetz umsetzbar wäre. Sowohl Pfister wie auch der Solothurner FDP-Nationalrat Kurt Fluri erklären, die Vorprüfung käme einer «Verwesentlichung der Volksrechte» gleich und würde die Transparenz erhöhen. Auch der Berner SP-Nationalrat Hans Stöckli bezeichnet die Vorprüfung als «gangbaren Weg».

SVP-Präsident Toni Brunner lehnt die Vorprüfung als «unnötige Beeinflussung» der Bürger ab, lässt aber offen, ob seine Partei das Referendum gegen eine entsprechende Gesetzesänderung ergreifen würde. Vor einem Referendumskampf schrecken die Befürworter der konsultativen Vorprüfung zurück: «Die Kampfeslust in der Mitte ist mässig», sagt CVP-Nationalrat Pfister. Insofern ist wohl auch nicht zu erwarten, dass die SPK vor den Parlamentswahlen noch grosse Pflöcke einschlagen wird.